

Gegen gekaufte Politik

Der Lobbyismus bestimmt immer stärker die politischen Entscheidungen. Spenden von Großunternehmen an Parteien geschehen stets in Erwartung einer Gegenleistung. Das Zustandekommen der Jamaika-Koalition im Jahr 2009 hat dies eindrücklich belegt. DIE LINKE verurteilt die Verfremdung der parlamentarischen Entscheidungen. Politik muss unabhängig von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sein. Wahlen werden zur Farce, wenn sich die Gewählten ihre Entscheidungen von Großunternehmen und den Vermögenden diktieren lassen und so der demokratischen Kontrolle entziehen. Wir wollen Unternehmensspenden an politische Parteien nach dem Vorbild Frankreichs verbieten. Gleichzeitig dürfen Parlamentarier nicht auf der Lohnliste von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden stehen. Es geht um den Schutz der Demokratie vor dem Einfluss des großen Geldes. Wir fordern: Schluss mit den Bestechungsgeldern in der Politik!

Demokratie durch Bürgerbeteiligung

DIE LINKE fordert eine unverzügliche Reform der Volksgesetzgebung im Saarland. In keinem anderen Bundesland wird es den Einwohnern so schwer gemacht, sich am demokratischen Entscheidungsprozess zu beteiligen. Seit Jahren nimmt das Saarland im Volksentscheid-Ranking konsequent den letzten Platz unter allen Bundesländern ein. Volksentscheide sind aufgrund zu hoher Quoren, des Ausschlusses von finanzwirksamen Themen und extrem kurzer Fristen de facto kaum möglich. Die hohen Hürden für eine Mitwirkung der saarländischen Bürgerinnen und Bürger müssen endlich abgeschafft werden!

Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer

Bei der Landtagswahl am 25. März wird auch darüber entschieden, auf welchem Weg das Saarland die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten wird. Durch ein brutale und unsoziale Sparpolitik mit dem Abbau tausender Stellen im öffentlichen Dienst – oder durch die Verbesserung der Einnahmen des Landes. DIE LINKE sagt: Nur mit einer Erhöhung der Einnahmen durch eine deutlich höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen ist eine gerechte Sanierung der Landesfinanzen möglich. Während die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren um vier % gesunken sind, sind die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen um 30 % gestiegen. Der Abbau der Staatsverschuldung darf nicht erneut einseitig zu Lasten der Schwachen gehen. Deshalb sind die Einführung der Vermögenssteuer (Millionärssteuer)

und eine sozial gerechte Reform der Erbschaftssteuer dringend notwendig. Beide Steuern sind nicht nur sozial gerecht, sondern erhöhen auch die Einnahmen der Länder. Bestverdienende müssen endlich mehr Steuern zahlen, damit bessere Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Sicherheit bezahlt werden können. Bei der Sanierung der Landesfinanzen muss es gerecht zugehen.

DIE LINKE will ein funktionierendes Gemeinwesen mit entsprechender Infrastruktur und Daseinsvorsorge erhalten. Das Land darf nicht kaputt gespart werden.

Für eine Regulierung der Finanzmärkte – Im Saarland beginnen

DIE LINKE fordert eine strikte Regulierung und Aufsicht des Bankensektors. Wir kämpfen gegen Wucherzinsen bei Banken und Sparkassen und für den gesetzlichen Anspruch auf ein kostenloses Girokonto. Für Landesbanken und Sparkassen muss die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung wieder eingeführt werden, damit das Geld der Sparerinnen und Sparer sicher ist. Insbesondere der öffentliche Bankensektor hat seine Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls wahrzunehmen. Deshalb sollen spekulative Geschäfte für Landesbanken und Sparkassen verboten werden. Als einzige Partei im saarländischen Landtag kämpft DIE LINKE gegen übertriebene Zinsen bei Banken und Sparkassen. Der Jahreszinssatz für Überziehungskredite sollte höchstens fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz liegen.

Für gute Arbeit – Bekämpfung der prekären Arbeit

Viele Menschen sind trotz Arbeit arm. Dies ist das Resultat einer Politik, die dem Ausbau des Niedriglohnssektors, der Leiharbeit und der Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Tür und Tor geöffnet hat. DIE LINKE an der Saar will diese Fehlentwicklung stoppen. Wir fordern eine Begrenzung und Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung, ein Tariftrübeugesetz, das diesen Namen verdient und die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Beschäftigungssektors. Überdies wird sich eine Regierung unter Beteiligung der LINKEN im Bundesrat mit Nachdruck für die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns einsetzen. Eine zentrale Herausforderung des saarländischen Arbeitsmarktes bleibt auch die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen. Wir verurteilen die durch die schwarz-gelbe Bundesregierung veranlassten Einsparungen in der Beschäftigungsförderung und setzen uns mit Nachdruck für eine Arbeitsmarktreform ein, die aktive Arbeitsmarktpolitik auch im Saarland wieder möglich macht.

Gemeinschaftsschule festigen –

Unterrichtsausfall reduzieren

Das achtjährige Gymnasium G8 überfordert viele Kinder und macht sie krank. DIE LINKE hat im ersten Schritt die Gemeinschaftsschule ermöglicht. Nun wollen wir ordentliche Rahmenbedingungen für die Realisierung einer echten Gemeinschaftsschule schaffen.

Leistungsdefizite werden früh ermittelt, die Förderung wird auf die jeweiligen Schwächen zugeschnitten. Zudem muss an allen saarländischen Schulen der Unterrichtsausfall konsequent bekämpft und für eine entsprechende personelle Ausstattung gesorgt werden. Weiterhin sollen die Hochschulen im Saarland gestärkt und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Für lebenswerte Städte und Dörfer –

Begrenzung der Verkaufsflächen

Große Einkaufszentren gibt es im Saarland mittlerweile zur Genüge. Dafür stehen immer mehr Ladenlokale vor Ort leer, da sie dem Wettbewerbsdruck der großen Ladenketten in der Regel nicht gewachsen sind. Dies gefährdet gewachsene Strukturen und Arbeitsplätze und führt zur Verödung der Innenstädte und Gemeinden. DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die eine weitere Ausbreitung von Einkaufszentren und großflächigen Einzelhandelseinrichtungen gebietsunabhängig untersagen will, um das Aussterben der Innenstädte zu stoppen und die Inhaber kleinerer Ladenlokale zu schützen.

Demokratie in der Wirtschaft –

Belegschaftsbeteiligung

Wahre Demokratie ist nur möglich, wenn sie auch die Wirtschaft ergreift. Deshalb tritt DIE LINKE für die Demokratisierung der Wirtschaft ein. Eigentum entsteht durch Arbeit, nicht durch Erbschaft oder Spekulation. Daher setzt sich DIE LINKE für Belegschaftsbeteiligung ein. Die Unternehmensvermögen werden nicht durch Vorstände geschaffen, sondern durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Aktive Industriepolitik –

Einrichtung eines Saarlandfonds

DIE LINKE fordert eine aktive und innovative Industriepolitik. Neben der Sicherung der bestehenden Unternehmen in Kernbereichen wie der Stahlindustrie, der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Informationstechnologie sind neue Initiativen erforderlich. DIE LINKE sieht in der Medizintechnik einen weiteren Schwerpunkt. Es gilt, Unternehmen und

Betriebe in ihrem Bestand zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. Deshalb fordert DIE LINKE die Einführung eines „Saarlandfonds“. Er hat die Funktion eines Schutzschirms für bedrohte Betriebe. Gleichzeitig soll er die Beteiligung der Belegschaften ermöglichen.

Öffentlich-rechtliche Energieversorgung

Immer mehr Menschen im Saarland können ihre Energierechnung nicht mehr bezahlen, während die Energiekonzerne Rekordgewinne einstreichen.

DIE LINKE fordert daher die Ausrichtung der Energieversorgung an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Das Strom-Übertragungsnetz, welches sich in Deutschland fast ausschließlich in der Hand der vier privaten Stromkonzerne RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW befindet, ist elementarer Bestandteil der für Bevölkerung und Wirtschaft wichtigen Infrastruktur. Deshalb bedarf es einer öffentlich-rechtlichen Energieversorgung.

DIE LINKE steht für die Rekommunalisierung der Energieversorgung an der Saar, damit das Land mitbestimmen kann, wie die Zukunft der Kraftwerksstandorte gestaltet wird. In diesem Sinne fordern wir, dass sich Land und Kommunen mehrheitlich bei der VSE beteiligen.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein –

Saarlandbrigade raus aus Afghanistan

Die LINKE lehnt den Einsatz der Saarlandbrigade in Afghanistan entschieden ab. Dieser Einsatz ist nicht zu rechtfertigen und nicht zu verantworten. Wir sind der Auffassung, dass Kriege kein taugliches Mittel zur Erreichung des Friedens sind, auch wenn sie mit dem Schutz der Menschenrechte begründet werden. Es ist aus humanitären Gründen nicht zu verantworten, dass sich die Saarlandbrigade an Kriegen beteiligt, deren Ende nicht absehbar ist und die viele zivile Opfer fordern. Sogenannte humanitäre Interventionen erreichen oft das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollen. Der erfolglose Kampfeinsatz in Afghanistan zeigt dies seit über zehn Jahren. DIE LINKE lehnt die Beteiligung der Saarlandbrigade an dieser gescheiterten Politik ab.